

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Albrecht Müller MdB
zum Ergebnis der
IFEU-Studie über den
CO₂-Ausstoß: Mit Töp-
fer in die Öko-Kata-
strophe.

Seite 1

Björn Engholm zum 60.
Geburtstag des DGB-
Vorsitzenden Heinz-
Werner Meyer: "Ver-
handeln statt de-
monstrieren, Verträge
statt Streik".

Seite 2

Walter Edenhofer zur
Zielgruppenzusam-
menarbeit in der plu-
ralistischen Gesell-
schaft: Die SPD unter
Modernisierungsdruck.

47. Jahrgang / 159

20. August 1992

Mit Töpfer in die Öko-Katastrophe

Zum Ergebnis der IFEU-Studie über den CO₂-Ausstoß

Von Albrecht Müller MdB

Nun hat es die Bundesregierung schwarz auf weiß und 313 Seiten stark: Ohne Verkehrsvermeidung bleibt jede Bemühung zum Schutz des Klimas auf der Strecke.

Die Temperaturen dieses Sommers zur IFEU-Studie hinzugerechnet, müßte es doch endlich reichen, die Beton-Fraktion in CDU/CSU und FDP wenigstens ein bißchen zum Nachdenken zu bringen: So kann und so darf es in der Verkehrspolitik nicht weitergehen.

Ich fordere Umweltminister Töpfer auf, seinen Kollegen Verkehrsminister endlich an die Kandare zu nehmen und ihm ein zeitgemäßes Verständnis für sein Ressort nahezubringen. Krauses Grundverständnis von Verkehrspolitik, der "beschleunigte" Bau von noch mehr Autobahnen und noch mehr Fernstraßen, bringt uns immer weiter ins Umwelt- und Verkehrsdilemma.

Dieser Verkehrsminister begreift nicht, daß es schon lange nicht mehr möglich ist, die von ihm offenbar als gottgegeben erkannten Verkehrszuwächse zu bewältigen. Er begreift nicht, daß es höchste Zeit ist, die Verkehrszuwächse einzufangen und unnötigen Verkehr zu vermeiden. Dieser Verkehrsminister meidet das Wort "Verkehrsvermeidung" wie der Teufel das Weihwasser.

Das wichtigste und auch das ökonomisch sinnvollste Mittel, unnötigen und sinnlosen Verkehr zu vermeiden, ist die Anlastung der vollen Kosten des Verkehrs. Damit sind sowohl die Wegekosten, als auch die sogenannten externen Kosten der Belastung von Umwelt, Natur und Gesundheit gemeint.

In Europa ist der Verkehr hochsubventioniert; es werden Güter in absurder Weise hin- und hertransportiert: Bleche aus dem Ruhrgebiet zur Autoproduktion nach Spanien; Autoteile aus der Türkei nach Mitteleuropa; Krabben zum Pulen nach Polen; Schweine von Belgien nach Südtirol usw. usw. Alles auf der Straße.

Zum zeitgemäßen Verständnis eines verantwortungsbewußten Verkehrsministers muß gehören:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügt über: 100%
mit vermehrter Rohstoff
Recycling-Papier



1. Verkehrsvermeidung muß ein zentraler Bestandteil der Verkehrspolitik werden.
2. Wir müssen Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum entkoppeln. Verkehr-sparen muß wie Energie-sparen ein volkswirtschaftlicher Gewinn und ein Vorteil für den Einzelnen werden.
3. Das Vollkostenprinzip muß im Verkehrssektor Europas gelten wie in jedem anderen Wirtschaftszweig auch. Nur dann wird sich übrighens der Wettbewerbsnachteil des deutschen Verkehrsgewerbes spürbar verringern.
4. Die Kurskorrektur der Verkehrspolitik ist dringlich. Der wirtschaftliche Umbruch in Europa duldet keinen Aufschub.

Umweltminister Töpfer muß auch endlich seinen Regierungschef Helmut Kohl drängen, in der EG eine Verkehrspolitik durchzusetzen, deren Bestandteil Verkehrsvermeidung sein muß und die damit den Menschen noch Luft zum Atmen läßt.

(-/20.8.1992/rs/bgy)

"Verhandeln statt demonstrieren, Verträge statt Streik"
Zum 60. Geburtstag des DGB-Vorsitzenden Heinz Werner Meyer

Von Björn Engholm
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschland

Heinz-Werner Meyer ist ein ganz besonderer Vorsitzender. Er ist voraussichtlich der letzte Vorsitzende, der den Aufbau des DGB nach 1945 noch selbst miterlebt hat, und er ist der erste Vorsitzende des gesamtdeutschen DGB. Das hat für ihn, der sehr bewußt in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung lebt, sicher besondere Bedeutung.

Andererseits ist sein Lebensweg typisch für viele "Arbeiterführer" seiner Generation. Kriegskindheit, mit 16 in die Lehre (Bergbau), Facharbeiterabschluß (Hauerprüfung), nebenbei Abendgymnasium, dann Studium an der Akademie für Wirtschaft mit Abschluß, nach acht Jahren Arbeit unter Tage hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär, Abteilungsleiter, dann Vorstandsmitglied "seiner" Gewerkschaft, Landtagsabgeordneter, stellvertretender, dann Vorsitzender der IGBE, Bundestagsabgeordneter. Selbstverständlicher Bestandteil eines solchen Lebenslaufs ist die Mitgliedschaft in Gewerkschaft und SPD ebenso wie die Prägung durch die jahrelange Arbeit im erlernten Beruf.

Ein solcher Lebenslauf ist eine gute Voraussetzung für die Übernahme eines "nicht sonderlich dankbaren, aber anspruchsvollen" Amtes, so die Presse anläßlich seiner Wahl vor zwei Jahren. Seitdem sind die Ansprüche und die Probleme eher noch größer geworden. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Gestaltung der deutschen und der europäischen Einigung die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu kurz kommen. Zumal die Bundesregierung versucht, die sich zuspitzende finanzielle Krise zum Abbau mühsam erkämpfter sozialer Fortschritte zu mißbrauchen. Angesichts des demographischen Wandels müssen grundlegende Weichen neu gestellt werden, damit unser Sozialstaat auch in Zukunft gesichert bleibt. Und schließlich steht auch der DGB - wie die SPD - vor der Herausforderung, die eigene Organisation, die Inhalte und Formen der Arbeit so umzugestalten, daß er auch in Zukunft als wichtiger Ansprechpartner und Interessenvertreter angesehen und akzeptiert wird.

Heinz-Werner Meyer ist für die Lösung dieser Probleme gut gerüstet. Wie bei vielen von uns Hansestädter, spielt - bei aller Eindeutigkeit des eigenen Standpunkts - auch für ihn die gute alte Kaufmannsregel des "do ut des" immer eine Rolle. Daß sich letztlich nur etwas erreichen läßt, wenn die wechselseitigen Interessen gewahrt aber auch akzeptiert werden, das war und bleibt Grundlage seiner Verhandlungen mit der anderen Seite, sei es in Tarifverhandlungen, sei es in der Politik. Er selbst hat das einmal so ausgedrückt: "Verhandeln statt demonstrieren, Verträge statt Streik". Mit diesem Realismus, mit Geduld, Zähigkeit, Beharrlichkeit und der erforderlichen Flexibilität, hat er dazu beigetragen, daß der enorme Strukturwandel im Steinkohlebergbau ohne soziale Katastrophe bewältigt werden konnte und daß seine Gewerkschaft den damit verbundenen deutlichen Mitgliederrückgang verkraftet hat. So ist es ihm auch gelungen, als Vorsitzender einer Gewerkschaft, die sich dem Ausbau der Kernenergie verschrieben hatte, den SPD-Beschluß zum Ausstieg aus der Kernenergie mitzuformulieren und mitzutragen.

"Helfen, arbeiten und nicht verzweifeln, und auch die skeptischen Leute die Erfahrung erleben lassen, daß es mit Ehrlichkeit geht", dieses Motto Herbert Wehners könnte wohl auch Heinz-Werner Meyer für seine Tätigkeit akzeptieren. Für mich ist und bleibt er ein Garant für die freundschaftliche Verbundenheit unserer beiden Organisationen in ihrem Bemühen um Demokratie - nicht nur in der Politik -, um sinnvolle Arbeit, soziale Gerechtigkeit und um Frieden mit der Natur und im Zusammenleben der Völker. Wir alle wünschen ihm zu seinem 60. Geburtstag alles Gute, viel Erfolg, Gesundheit und Wohlergehen. Und ich freue mich auf die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(-/20. August 1992/rs/fr)

Die SPD unter Modernisierungsdruck **Zur Zielgruppenzusammenarbeit in der pluralistischen Gesellschaft**

Von Walter Edenhofer
Bundessekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Manche neigen dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Das gilt auch für die Diskussion um die Modernisierung und Erneuerung der SPD und die Rolle ihrer Arbeitsgemeinschaften. Nach dem Willen des Bremer Parteitag vom Mai 1991 sollen diese künftig Antragsrecht zu den Parteitagen auf der jeweiligen Organisationsebene erhalten. Damit dieser Beschluß geltendes Parteirecht wird, ist eine Änderung des Organisationsstatuts auf Bundesebene durch den nächsten Bundesparteitag notwendig. Bereits jetzt gibt es Stimmen in der SPD, die nicht für eine Aufwertung, sondern für eine Auflösung der Arbeitsgemeinschaften plädieren.

Notwendig erscheint indessen eine sachbezogene Diskussion über die Aufgaben und Inhalte künftiger Zielgruppenarbeit der SPD, vor allem mit Blick auf die sozialstrukturellen Veränderungen und die Pluralisierung der Gesellschaft. Dazu seien einige Feststellungen erlaubt:

1. Für eine Strategie der SPD zur Durchsetzung ihrer Politik reicht es nicht aus, Regierungsverantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden zu erringen und zu behaupten. Sozialdemokratische Politik hat auf mittlere und längere Sicht nur dann Erfolgchancen, wenn sie mit einer breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit einhergeht, wie sie seinerzeit vom Bundesparteitag 1975 in Mannheim konkretisiert wurde. Ausdrücklich werden in dem Beschluß des Parteitages die Verstärkung der Zielgruppenarbeit, die Verbesserung der Betriebsgruppenarbeit und der Mitwirkungsrechte der Betriebsgruppen, das offene Gespräch und die Zusammenarbeit mit den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen sowie

die engere Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften als wichtige Voraussetzungen für eine wirksame Vertrauensarbeit der Partei genannt (siehe Ökonomischer-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985).

2. In den Arbeitsgemeinschaften der SPD werden Aufgaben besonderer Art erfüllt. Sie sind die "Fühler" der Partei in vielfältige gesellschaftliche Bereiche hinein, eine Arbeit, die von den Gliederungen der Partei allein nicht geleistet werden kann. So hatte Herbert Wehner die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen einst als "lebenswichtiges Organ der SPD" bezeichnet. "Sie ist sowohl Antenne als auch Sender. Sie ist - anders ausgedrückt - Auge, Ohr und Herzkammer der SPD" (Rede Herbert Wehner auf der Gründungskonferenz der AfA, Oktober 1973).

Gleichwohl ist eine Überprüfung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften der SPD und ihrer sonstigen Zielgruppenarbeit auf ihre Effizienz und ihr Selbstverständnis unverzichtbar. So würden Arbeitsgemeinschaften, die nur im inneren Kreis tagen und innerparteilich wirksam sind, ihren Auftrag verfehlen. Zweifelsfrei ist aber auch, daß die Arbeitsgemeinschaften vielfach nicht die politische und materielle Unterstützung haben, die sie für eine wirkungsvolle Vertrauensarbeit in der Bevölkerung brauchen.

3. Maßstab für eine künftige Zielgruppenarbeit können aber nicht nur Beschlüsse und Möglichkeiten der Partei sein, ebenso müssen die sozialstrukturellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft berücksichtigt werden. Untersuchungen über Veränderungen der westdeutschen Sozialstruktur weisen aus, daß der soziale Wandel durch tiefgreifende Veränderungen in der Bevölkerungsweise, der Familie, der Erwerbstätigkeit, der Bildung und durch soziale Ungleichheiten gekennzeichnet ist und zu weitreichender Pluralisierung von Werten, Milieus und Lebensstilen geführt hat. Am deutlichsten ist der soziale Wandel in der westdeutschen Gesellschaft in den Verschiebungen der Wirtschaftssektoren und der Berufsstrukturen zu erkennen. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten arbeitet heute in Unternehmen des Dienstleistungssektors. Wir sind damit zu einer Dienstleistungsgesellschaft geworden. Dementsprechend übersteigt seit 1987 die Zahl der Angestellten die der Arbeiter. Die gesellschaftliche Pluralisierung hat sich allerdings in erster Linie auf den Ebenen vollzogen, die den Menschen unmittelbar zugänglich sind, während die Strukturen auf den organisatorischen und systembedingten Ebenen (öffentlich-rechtliche Strukturen, betrieblicher Bereiche usw.) davon weniger berührt wurden.

Das ist insbesondere für die Betriebsorganisationen der SPD von Bedeutung, wenngleich sich auch dort wesentliche Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen ergeben haben. Außerdem müssen die Verschiebungen in den Wirtschaftssektoren und Berufsstrukturen stärkere Beachtung in der Arbeit der AfA und der Betriebsorganisation finden.

Fazit: Es kann also nicht um eine Auflösung von Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppenarbeit gehen, sondern um deren Verbesserung und Modernisierung. Wer die Pluralisierung unserer Gesellschaft bejaht, darf sich von einer zielgruppenorientierten Parteiarbeit nicht verabschieden. Unsere moderne Gesellschaft mit ihren Ausdifferenzierungen und ihrer dynamischen Entwicklung wird sich nicht an vorgegebene Strukturen politischer Parteien orientieren, umgekehrt muß ein Schuh daraus werden.

(-/20. August 1992/rs/fr)
